

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Upgrade für die sozialen Berufe in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass unsere Fachkräfte in sozialen Berufe (z.B. Pflegekräfte, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen) essenziell sind für den sozialen Zusammenhalt in Bayern.
2. Der Landtag stellt fest, dass in vielen sozialen Berufen schon heute ein immenser Fachkräftemangel herrscht. Diese Herausforderung wird zukünftig weiter zunehmen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in vielen sozialen Berufen nicht attraktiv genug sind, um genügend Nachwuchskräfte zu gewinnen bzw. unsere qualifizierten Fachkräfte langfristig in den Berufen zu halten.
4. Der Landtag stellt fest, dass alle Möglichkeiten in der Länderkompetenz für Gesundheits- und Erziehungsberufe auszunutzen sind, um bestmögliche Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Staatsregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Öffentliche Ausschreibungen und Förderprogramme zu sozialen Dienstleistungen oder Projekten sind an Träger und Einrichtungen zu vergeben, die Beschäftigte angemessen bezahlen (z.B. nach Tarifverträgen oder in Anlehnung an diese). Dies ist bei der öffentlichen Vergabepaxis zu berücksichtigen und als verbindliche Förderbedingung zu hinterlegen.
- Ein Entbürokratisierungsplan für die öffentliche Förderpraxis Bayerns ist vorzulegen und darin Möglichkeiten aufzuzeigen, wie soziale Träger und Einrichtungen im Hinblick auf hohe bürokratische Vorgaben entlastet werden können.
- Ein Förderprogramm „Digitalbonus“ ist vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales aufzusetzen, um die Digitalisierung in der sozialen Trägerlandschaft in Bayern auszubauen, damit Angebotsformen, Arbeitsweisen und Kommunikationswege zeitgemäß angepasst werden.

- Eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ist ins Leben zu rufen, welche die Professionalität der sozialen Berufe herausstellt und Nachwuchskräfte anspricht.

Die hierfür benötigten Mittel sind bei den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

Begründung:

Alle Menschen waren oder sind früher oder später selbst oder indirekt auf Fürsorge, Pflege, Erziehung, Begleitung angewiesen. Ob es die Kita für die eigenen Kinder, die Pflege der Großeltern, die Versorgung von Menschen mit Behinderungen, ob es Beratung in Notlagen, Streetwork, Jugendsozialarbeit in der Schule, Hilfen zur Erziehung in schwierigen Familienphasen oder stationäres Jugendwohnen ist – wir alle sind auf Care-Arbeit und damit auf professionelle Care-Gebende angewiesen. Unsere Fachkräfte in sozialen Berufen (z.B. Pflege, frühkindliche Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe) sind essenziell für den sozialen Zusammenhalt, denn sie wirken Ausgrenzung entgegen, ermöglichen Zugang, Anschluss und Wiedereinstieg und eröffnen Perspektiven. Die Anforderungen wachsen stetig und die Arbeitsbelastung in diesen Berufsfeldern steigt nicht zuletzt aufgrund des schon heute spürbaren Fachkräftemangels. Viele Fachkräfte kehren aufgrund der hohen psychischen wie physischen Belastung ihrem Beruf frühzeitig den Rücken. Um mehr Nachwuchskräfte für diese wichtigen Berufsfelder zu gewinnen und nicht zuletzt auch die hochqualifizierten Fachkräfte zu halten, braucht es attraktive und moderne Rahmenbedingungen.

Öffentliche Ausschreibungen und Förderprogramme sind ein wichtiger Hebel, über den der Freistaat die Vergütung von Fachkräften in sozialen Berufen steuern bzw. beeinflussen kann. Insbesondere freie Träger müssen sich bei der Anwerbung von öffentlichen Projektmitteln am Kriterium der Kosteneffizienz messen lassen – niedrige Personalkosten und damit Gehälter sind die Folge. Die Staatsregierung wird aufgefordert, in der Vergabep Praxis von öffentlichen Ausschreibungen und Fördermitteln eine angemessene Bezahlung als Förderbedingung zu hinterlegen. Dies erhöht den Anreiz für Träger, Beschäftigte besser zu bezahlen und klammert die Personalkosten aus der Prüfung nach Kosteneffizienz aus.

Nicht zuletzt hohe bürokratische Anforderungen im Job, die viel Zeit von der eigentlichen Kernarbeit der sozialen Arbeit einnimmt, sorgen dafür, dass viele Fachkräfte sozialen Berufen doch (wieder) den Rücken kehren. Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Entbürokratisierungsplan vorzulegen und hierbei Maßnahmen aufzuzeigen, wie im Rahmen der öffentlichen Förderung durch den Freistaat, Bürokratie konsequent abgebaut werden kann. So kann nicht nur der Arbeitsalltag der Fachkräfte entlastet, sondern auch mehr Zeit für tatsächliche soziale Arbeit geschaffen werden.

Der digitale Wandel betrifft nicht zuletzt auch die soziale Trägerlandschaft - Angebotsformen, Arbeitsweisen und Kommunikationswege müssen konsequent angepasst werden (z.B. Online-Beratungen). Außerdem brauchen insbesondere soziale Träger eine sichere IT-Infrastruktur aufgrund der sensiblen und personenbezogenen Daten. Vor diesem Hintergrund sollte analog zum bestehenden Förderprogramm „Digitalbonus“ des Wirtschaftsministeriums ein vergleichbares Förderprogramm des Ministeriums für Familie, Arbeit und Soziales für die soziale Trägerlandschaft aufgesetzt werden. Die konsequente Digitalisierung in dieser Branche kann zudem zu einer Entlastung im Hinblick

Mithilfe einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne kann für eine gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufsfelder geworben und mehr Nachwuchskräfte generiert werden. Die Kampagne sollte eine zeitgemäße Weiterentwicklung der „Herzwerker“-Kampagne der Bayerischen Staatsregierung darstellen und vor allem die hohe Fachexpertise und Professionalität unserer Fachkräfte hervorheben.